

Entschließung

Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht,

1. auf europäischer Ebene eine präzise Formulierung der „verantwortlichen Person“ und deren damit verbundenen Verpflichtungen einzufordern, um die Rechtsicherheit für Hersteller und Kunden zu gewährleisten.
2. die Entwicklungen zur Sicherheitsbewertung zu unterstützen und gleichzeitig darauf zu achten, dass es durch die Einführung von Mindeststandards für den Bewerter zu keiner Absenkung im Vergleich zum heutigen Niveau kommt.
3. weiterhin für eine strikte Beschränkung von CMR-Stoffen (kanzerogen, mutagen und reproduktions-toxische) einzutreten und gegen Tendenzen der Verwendung von bereits verbotenen CMR-Stoffen der Kategorie 1 und 2 klar Position zu beziehen.
4. im Zuge der Umsetzung der neuen EU-Verordnung eine klare, nationale Kompetenzlage im Bereich der Kontrolle sicherzustellen.
5. national für die Einrichtung eines regelmäßigen Berichtswesens zu unerwünschten Nebenwirkungen (Cosmetovigilance) die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen und so die Verbrauchersicherheit zu wahren.
6. dafür einzutreten, dass auf EU-Ebene ein Schnellwarnsystem eingerichtet wird, damit die Mitgliedsstaaten und die Konsumenten über gefährliche und nicht verkehrsfähige Kosmetika informiert werden.
7. im Speziellen für die Erstellung eines regelmäßigen Berichtes zur Sicherheit der Kosmetika zu sorgen.
8. sich für eine Meldepflicht aller nanoskaligen Stoffe einzusetzen.
9. auf nationaler Ebene in Zusammenarbeit mit der AGES das Thema „Nanotechnologie“ in Kosmetika und Lebensmitteln aufzugreifen und regelmäßig über die Anwendungen und Weiterentwicklungen im Rahmen von fachlichen Seminaren oder öffentlich zugänglichen Veranstaltungen die Verbraucherschaft zu informieren und die Produzenten für das Thema zu sensibilisieren.